die rote lupe

Betriebszeitung des kommunistischen Bund Wien für die Kollegen bei EUMIG
10. 2. 1975
Nr. 1/75

WIR MÜSSEN DEN SELBSTÄNDIGEN KAMPF GEGEN DIE IMMER SCHÄRFER WERDENDEN VERSCHLECHTERUNGEN UNSERER LEBENS-BEDINGUNGEN AUFNEHMEN!

In der ganzen Welt, und auch in Österreich, befindet sich der Kapitalismus in einer Krise. Vielfach bleiben die Kapitalisten auf ihren Produkten sitzen, da sie einerseits nicht mehr fähig sind, dem verschärften Konkurrenzkampf standzuhalten, und andrerseits gibt es in gewissen Produktionszweigen schon zu viele yWaren am Markt., die dadurch nicht mehr abgesetzt werden können. Die Kapitalisten versuchen, aus dieser Krise mit den größtmöglichen Prof iten herauszusteigen, um im verstä rkten Konkurrenzkampf bestehen zu können. Sie versuchen die Krise auf dem Rücken der werktätigen Massen abzuwälzen, was sich auch bei uns in der EUMIG sehr deutlich gezeigt hat: Sie treffen verschärfte Rationalisierungsmaßnahmen, indem sie z. B. die Kontrollore aus der Produktion abgezogen haben. Ihre Arbeit müssen jetzt die Einsteller zu ihrer eigenen Arbeit dazumachen; diese Maßnahme wirkt sich auch auf alle anderen Arbeiter aus: z. B steigt der Ausschuß dadurch und die Frauen müssen viel mehr Ausschuß durchmessen als früher. Die Kapitalisten versuchen die Akkordhetze noch weiter zu steigern, um aus den Kollegen noch mehr herausholen zu können und dadurch noch höhere Profite zu erzielen. Die Kollegen beugen sich diesen Maßnahmen, da sie als Akkordarbeiter auf das Geld angewiesen sind, das ihnen und allen anderen die letzte Kollektivsvertragserhöhung nicht gebracht hat.

DIE KÜNDIGUNGEN DIENEN DER RATIONALISIERUNG UND EINSCHÜCHTERUNG DER KOLLEGEN!

Aus einigen Abteilungen wurden Kollegen herausgekündigt, um einerseits auf diese Art und Weise zu rationalisieren, da.h. aus weniger Kollegen wird das gleiche und noch mehr mit verschärfter Arbeitshetze herausgeholt. Andrerseits erreichten sie mit den Kündigungen genau das, was sie erreichen wollten: die Kollegen einzuschüchtern, ihnen Angst vor Arbeitslosigkeit zu machen, sie dadurch zu zwingen, auch im Krankheitsfall arbeiten zu gehen. War es zufällig, daß gerade der Großteil der gekündigten im Krankenstand hinausgeschmissen wurden.?? Diese Maßnahmen der Kapitalisten dienten dazu, die Kollegen ohne Schwierigkeiten noch mehr ausbeuten zu können und die Profite noch weiter zu steigern. Den Unternehmern ist es gelungen durch die oben genannten Maßnahmen, die Kollegen vom Kampfschritten abzuhalten, in einigen Abteilungen unmittelbar auf der Tagesordnung standen. Es wurde in einigen Abteilungen die Notwendigkeit einer Lohnerhöhung diskutiert, bei

Fortsetzung Seite 2

vielen Kollegen war der Wille vorhanden, nicht mehr still zu halten, sondern den Kampf um einen höheren Lohn aufzunehmen. Diesen Willen konnten die Kapitalisten durch diese Maßnahmen im Keime ersticken. Die Kollegen stehen damit zwischen zwei Seiten: auf der einen Seite "ihre" Kapitalisten, die ihnen einreden wollen, daß der Verzicht auf höheren Lohn und das "Stillhalten" die einzige Gewähr für einen sicheren Arbeitsplatz bedeutet. Auf der anderen Seite sind, ihre eigenen Interessen: Der Kampf um einen höheren Lohn.

Viele ältere Kollegen haben selbst miterlebt, was es bedeutet, wenn die Arbeiter stillhalten und auf einen selbständigen Kampf verzichten: Eine materielle Verelendung der gesamten Arbeiterklasse, und auf die Straße werden sie auch geworfen, wenn es die Profitwirtschaft verlangt! Das haben auch in letzter Zeit viele Arbeiter in ihren Verschiedenen Betrieben am eigenen Leib zu spüren bekommen. Durch Stillhalten wir es den Kapitalisten leicht gemacht, die Kollegen auf die Straße zu werfen und sie noch stärker zu unterdrücken.

Neben der verschärften Ausbeutung im Betrieb und den Lohnabbau kommen noch die ständig steigenden Preise, Tariferhöhungen, eine Lohnsteuerreform, die für die Wertätigen nichts bringt, eine bereits angekündigte Erhöhung des Steuerdrucks (Erhöhung der Mehrwertsteuer, Einführung einer Verkehrssteuer), usw., dazu! Diese ebengenannten Dinge sind der sichtbarste Ausdrück der Entwicklung der kapitalistischen Krise.

DER KAMPF UM EINEN HÖHEREN LOHN IST DER EINZIGE WEG, DIE WEITERE VERSCHLECHTERUNG DER LEBENSBEDINGUNGEN ABZUWEHREN!

Das Einzige, was die Arbeiter besitzen, ist ihre Arbeitskraft, die sie den Kapitalisten, den Eigentümern der Produktionsmittel, verkaufen müssen. Den Preis der Arbeitskraft versuchen die Kapitlaisten jetzt in zunehmenden Maße zu senken und gleichzeitig durch Verschärfung der Arbeitshetze aus jedem einzelnen Arbeiter für weniger Lohn mehr herauszuholen. Das meinen die Kapitalisten, wenn sie von der "Krisengemeinschaft", von "den Gürtel enger schnallen" usw. reden! Das meinen auch die EUMIG-Kapitalisten, wenn sie in der "EUMIG-Lupe" schreiben, daß das Jahr 1975 ein schweres Jahr wird. Sie versuchen es mit dem Argument zu vertuschen, daß die Einführung des Angestelltenverhältnisses die "Schuld" daran hätte. Mit solchen und anderen Mitteln versuchen die beiden Besitzerfamilien, den Blick der Kollegen zu vernebeln, der ihnen genau zeigt, welche ihre eigenen Interessen sind: nämlich der Kampf um einen höheren Löhn, die schlechten, gesundheitsschädigenden Arbeitsbedingungen zu beseitigen, den Kampf um ausreichende und bezahlte Pausen zu führen usw.! Durch die eingetretene Kündigungswelle wurden Ansätze für einen Lohnkampf, der sich in einigen Abteiligungen schon angekündigt hatte, nachdem die KV-Erhöhung zu wenig gebracht hat, und die Kollegen über eine Lohnforderung diskutierten, im Keim erstickt.

Fortsetzung Seite 3

DEN KAMPF AUFNEHMEN!

Kollegen! Wir müssen die Frage nach dem Kampf um höheren Lohn in allen Abteilungen aufwerfen, einheitliche Forderungen in Schillinge und Groschen für alle gleich, aufstellen, hinter denen sich alle Kollegen zusammenschließen können und alle um das gleiche Ziel kämpfen, uns elbständig organisieren, dann werden wir auch stark genug sein, solche Forderungen auch durchzusetzen. Wir Arbeiter haben die entscheidenden Kampfmittel in der Hand, denn wir können die Produktion einstellen- wir können streiken, und treffen daMIT DIE Lebensader der Kapitalisten.
DURCH EIN EINHEITLICHES VORGEHEN IM KAMPF UM EINEN HÖHEREN LOHN WERDEN WIR STARK GENUG SEIN, UNSERE INTERESSEN GEGEN DIE KAPITALISTEN MIT ERFOLG DURCHZUSETZEN!!

ES LEBE DIE REVOLUTIONÄRE TRADITION DES FEBRUAR ;1934

1934 hat die österreichische Arbeiterklasse unter schwierigsten Bedingungen die rote Fahne des Kampfs gegen die tollwütige Bourgeoisie aufgeplanzt. Diese rote Fahne des Kampfs der Arbeiterklasse hat seitdem nichts an Farbe verloren. Sie leuchtet heute trotz vieler Rückschläge strahlender denn je. Immer mehr Menschen erinnern sich an das glänzende Beispiel der FebruAr-kämpfer, die den Weg des selbständigen Kampfes um die Rechte der Arbeiterklasse und des Volkes um den Sieg des Sozialismus gezeigt haben.

VERANSTALTUNG DES KOMMUNISTISCHEN BUNDES WIEN
13.2.75 19h
1o. Favoritenstraße 215 KÄRNTERWIRT

FÜR DIE ERSATZLOSE STREICHUNG DES ABTREIBUNGSPARAGRAPHEN!

Der berüchtigte §144, der jede Abtreibung unter Strafe stellte, ist geändert worden. Er wurde durch die'Fristenlösung" ersetzt.
Was bringt das neue Gesetz?
Keineswegs vollständige Straffreiheit der Abtreibung, sondern eine Reihe von Ausnahmebestimmungen. So z.B. "wenn der Schwangerschaftsabbruch innerhalb der ersten 3 Monate nach Beginn der Schwangerschaft nach vorhergehender ärztlicher Beratung vorgenommen wird". (§ 97 des Strafrechts)
Oder in jenen Fällen, wo Gefahr bei Mutter und Kind besteht, soll ab jetzt keine Strafverfolgung eintreten. Im Gesetz ist festgelegt, daß kein Arzt verpflichtet ist, einen Schwangerschaftsabbruch durchzuführen.
In Wien sind es ganze 5 Spitäler, die zu Abtreibungen bereit sind. Die Ärztekammer hat auch schon eindeutig reagiert: die Vollversammlung der Ärztekammer~~präsidenten~~ hat einstimmig beschlossen: Eingriffe wie bisher nur bei medizinischer Indikation, etwa bei Lebensgefahr für die Mutter durchzuführen.

WEG MIT DER STAATLICHEN BEVORMUNDUNG!

Die Fristenlösung, die auf die Insitiative der SPÖ im Nationalrat beschlossen wurde, dient keineswegs dazu, "eine verantwortliche Eigenentscheidung der Frau zu gewährleisten", wie es so schön im Gesetzestext heißt, sondern sie ist ein weiterer Versuch des bürgerlichen Staates, die Arbeiterklasse und das Volk zu bevormunden und zu knebeln. Statt völlige Straffreiheit werden dem Volk "Ausnahmebestimmungen" hingeworfen, statt "verantwortungsvoller Eigenentscheidung" machen sich der bürgerliche Staat und seine Erfüllungsgehilfen in der Ärzteschaft zum eigentlichen Herren der Entscheidung.

DIE ARGUMENTE DER "AKTION LEBEN" SIND NICHTS ALS SCHEINHEILIGE HEUCHELEI!

Die SP-Regierung versucht mit der Fristenlösung, dem Volk Honig ums Maul zu schmieren, die Aktion Leben, eine der katholischen Kirche sehr nahestehende Vereinigung, tritt mit aller Vehemenz gegen diese neue Regelung auf. Sie plant ein Volksbegehren gegen die Einführung der Fristenlösung und hat bisher schon 590.000 Unterschriften gesammelt. Wie kommt es zu dieser beträchtlichen Anzahl? Vor allem in den ländlichen Gebieten, wo die Kirche noch mehr Einfluß hat, wettert sie in ihren Zeitungen und von der Kanzel herunter gegen den "Mord am wehrlosen Leben" und schreit:"Abteibung ist gleich Mord!" Bis zum letzten Pfaffen und Religionslehrer setzt sie alles in Bewegung, zwingt die Bevölkerung, v.a. in den bäuerlichen Gebieten und die alten Leute in den Altersheimen, zur Unterschrift für die Aufrechterhaltung jenes widerlichen Unterdrückungsparagraphen, der jährlich 10.000de Frauen zur illegalen Abtreibung zwang.
Allen bürgerlichen Kräften geht es um das gleiche:
Sie wollen die Bevormundung des Volkes mit allen Mitteln aufrecht erhalten. Die Formen, mit denen sie das Volk unter ihrer Kontrolle halten wollen, unterscheiden sich manchmal, aber das Ziel ist das selbe:
Die Befestigung der bestehenden Ausbeuterprdnung, die sie durch die Entmündigung des Volkes aufrechterhalten wollen.

DIE HERRSCHENDEN VERHÄLTNISSE SIND ES, DIE DAS VOLK ZUR ABTREIBUNG ZWINGEN!

Heißt das alles jetzt, daß die Abtreibung etwas GUTES ist? Nein, aber die Angehörigen der Arbeiterklasse und das Volk werden durch die herrschenden Verhältnissen - das soziale Elend - gezwungen, Abtreibungen durchzuführen. Die davon Betroffenen sind Frauen und Männer des Volkes, deren Lage gekenntzeichnet wird durch die ständige Verschlechterung der Lebensbedingungen, durch steigende Arbeitshetze, durch die Bedrohung, den Arbeitsplatz zu verlieren, durch zunehmende Steuerausplünderung und Preissteigerungen, Tariferhöhungen usw. Eine Familie, die sich heute entscheidet, ein Kind abzutreben, tut das nicht, weil sie Kinder nicht mag, sie müssen sich dafür entscheiden, weil sie nicht wissen, wo sie ihr Kind während der Arbeitszeit unterbringen sollen, wie sie es aufziehen sollen, weil für ein weiteres Kind die Wohnung zu klein ist und weil kein Geld für eine größere da ist usw.

Durch die Fristenlösung ändert sich an der Bevormundung durch den Staat überhaupt nichts. Sondern nur durch das volle Recht auf Abtreibung ist eine freie Entscheidung gewährleistet.

Unter den herrschenden sozialen Verhältnissen braucht das Volks das Recht auf Abtreibung. Erst wenn die Wurzel dieser Verhältnisse, die kapitalistische Ausbeuterornung beseitigt ist, wird auch die Abtreibung nicht mehr notwendig sein.

Deshalb muß heute unsere Forderung lauten:
FÜR ERSATZLOSE STREICHUNG DES ABTREIBUNGSPARAGRAPHEN!

Impressum: Eigentümer, Herausgeber, Verleger, Vervielfältiger: Kommunistischer Bund Wien, für den Inhalt verantwortlich: Walter Lindner, alle: 1070 Wien, Halbgasse 12

Februar-Nummer:

KLASSENKAMPF-VERKAUF: 11.2.1975

AUS DEM INHALT:

DIE FOLGEN DER KRISE ZWINGEN DIE ARBEITERKLASSE ZUM KAMPF

In den letzten Wochen hat der Druck auf die Löhne ungeheuer zugenommen. Überall haben die Kapitalisten begonnen, durchzurationalisieren und die Arbeitshetze kräftig zu steigern. Die österreichische Arbeiterklasse muß heute entweder den Kampf gegen die Verelendung führen, oder sie ist den ständigen Angriffen auf ihre Existenz hilflos ausgesetzt.

DER ABBRUCH DES KAMPFES GEGEN DIE TARIFERHÖHUNGEN

Seite 19

Der Kampf gegen die Tariferhöhungen mußte abgebrochen werden, weil es nicht gelungen ist, gegen die Gemeinde eine so starke Front auzubauen, daß die Tariferhöhungen zu Fall gebracht werden hätten können.
In zahlreichen Veranstaltungen der Komitees und des KB-Wien wurden die Lehren aus dem Kampf gezogen. Die Gemeinde hat keinen Grund, sich wegen des Abbruchs die Hände zu reiben, denn gerüstet mit diesen Lehren wird ihr das Volk in den nächsten Kämpfen umso geschlossener und mächtigeer gegenübertreten.

ZUCKERSKANDAL: STAAT GARANTIERT ERPRESSUNG DES VOLKES DURCH DIE ZUCKERKARTELLE

Seite18, 11

Als der Weltmarktpreis für Zucker außerordentlich niedrig war, hatte der Staat sehr wirkungsvolle Gesetze, um die österreichischen Kapitalisten vor der ausländischen konkurrenz zu schützen.
Er verbot die einfuhr von billigem Zucker und bewilligte gleichzeitig eine saftige Zuckerpreiserhöhung. Jetzt - wo die Zuckerkartelle wieder Preiserhöhungen fordern - garantiert er mit seinen Gesetzen, daß der Zucker salange den Konsumenten vorenthalten werden kann, bis ein neuer Zuckerpreis feststeht. So wollen die Kapitalisten und Staat das Volk dazu bringen, daß es einer Verschlechterung seiner Lage auch noch seine Einwilligung gibt!

Weitere Artikel: